

# Russisch-deutsche Beziehungen nach der Thronbesteigung Wilhelms II.

František Stellner

Die Studie analysiert die Außenpolitik Deutschlands nach der Thronbesteigung des deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelms II.,<sup>1</sup> konkret die Beziehung zum russischen Reich sowie die Veränderung des Bündnissystems. Sie analysiert ebenfalls die Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen unter dem außenpolitischen, wirtschaftlichen sowie personellen Aspekt. Sie antwortet auf Fragen, warum die deutsche Führung das Bündnissystem Bismarcks nicht fortgesetzt hatte, warum sie die Vertragsbeziehung mit Russland aufgrund des Rückversicherungsvertrags abgelehnt hatte und wer konkret in der deutschen Führungselite hinter diesen Entscheidungen stand. Sie konzentriert sich auch auf die Folgen der Bemühungen Bismarcks, die politischen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland getrennt zu lösen, also auf die Folgen seines wirtschaftlichen Drucks auf das russische Reich, der zu einer verstärkten russisch-französischen Zusammenarbeit führte.

Die Ergebnisse der Studie stützen sich primär auf die Analyse unveröffentlichter Quellen aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, konkret Abteilung III. (Preussen), und dem Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem, konkret Brandenburg-Preussisches Hausarchiv, Repositor 53, Kaiser Wilhelm II. und Familie. Wichtige Informationen wurden vor allem aus den Relationen der österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin erworben. Außerdem wurden auch veröffentlichte Quellen persönlicher Art benutzt, vor allem Memoiren, Tagebücher sowie die Korrespondenz Wilhelms II. und des Zaren Alexanders III., des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck-Schönhausen, des Diplomaten Friedrich von Holstein, des Chefs des Generalstabs Alfred Graf von Waldersee, des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi, des Höflings und Diplomaten Philipp Fürst zu Eulenburg-Hertefeld, des Politikers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, des Diplomaten Bernhard Fürst von Bülow, der Diplomaten Joseph Maria von Radowitz, Hans Lothar von Schweinitz sowie des russischen Diplomaten Wladimir Nikolajewitsch Graf Lamsdorf. Zur Analyse der Außenpolitik diente vor allem die umfangreiche Edition *Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914*. Von der Fachliteratur sind vor allem die deutsche, österreichische sowie angelsächsische Historiographie zu erwähnen.

In der Studie wurden Methoden der politischen Geschichte, der Wirtschaftsgeschichte sowie der Geschichte der internationalen Beziehungen angewandt, was eine interdisziplinäre Herangehensweise ermöglichte, die sich insbesondere auf kompa-

---

1 Die Studie knüpft an die bisherige Forschung des Autors: F. STELLNER, *K tzv. „osobní vláde“ posledního německého císaře Viléma II.*, in: *Dvacáté století — The Twentieth Century*, Nr. 1, 2011, S. 31–42; F. STELLNER, *Bismarck und Caprivi: Die Probleme der postbismarckschen Eliten*, in: *Prague Papers on the History of International Relations*, Bd. 10, 2007, S. 419–427; F. STELLNER, *Poslední německý císař: Z německých dějin v epoše Viléma II.*, Praha 1995.

rative Methode sowie die Sondenmethode stützt. Neben der Schilderung und Analyse der historischen Realität bringt die Studie auch eine Analyse der Kommunikation zwischen den Herrschern und verschiedenen Organen sowie Persönlichkeiten, die die Außenpolitik beeinflussen konnten. Über die Rolle Wilhelms II. in der deutschen Politik streiten die Historiker weiterhin. Im vorigen Jahrhundert verteidigte der britische Historiker J. C. G. Röhl seine These über das persönliche Regiment, die aus Wilhelm II. den Hauptschuldner an der negativen Entwicklung der deutschen Politik vor dem Ersten Weltkrieg machte. Er hielt den Monarchen für den wichtigsten Repräsentanten der politischen Macht.<sup>2</sup> Dagegen trat vor allem der deutsche Historiker H.-U. Wehler auf, der dem Kaiser einen geringen politischen Einfluss zubilligte: „Das taten vielmehr die Repräsentanten der traditionsbewußten Oligarchien und der modernen Funktionseliten im Verein mit den Machtaggregaten der autoritären Polykratie.“<sup>3</sup> An der Grenze zwischen den beiden extremen Interpretationen stand der deutsche Historiker W. J. Mommsen, der auf die preußisch-deutsche Eliten und deren Ausnutzung des Kaisers zur Durchsetzung eigener politischer Ziele hinwies.<sup>4</sup> Diese Studie stützt sich vor allem auf die Darstellung Mommsens. Dabei wurden das bisher nicht bearbeitete Quellenmaterial in Archiven, veröffentlichte Quellen institutioneller sowie privater Herkunft, damaliger Tageszeitungen und Zeitschriften genutzt, was große Ansprüche an die Quellenkritik, Bewertung deren historischen und Dokumentarwerts, Glaubwürdigkeit sowie Verwertung deren Informationskapazität mit sich brachte.

Die deutsche Außenpolitik wurde in den 1870er und 1880er Jahren durch Otto Fürst von Bismarck-Schönhausen gemacht und geführt, der eine möglichst enge Zusammenarbeit mit Österreich-Ungarn, Italien und Russland als deren Hauptsäulen betrachtete, was Frankreich isolieren sollte. Gleichzeitig gab er den Gedanken an ein Bündnis mit Großbritannien nicht auf. Es gelang ihm, eine solch komplizierte Außenpolitik bis zur Thronbesteigung Wilhelms II. im Jahr 1888 zu führen.<sup>5</sup> Damals kam es zu einer ernsthaften Personalkrise, denn der neue Kaiser, der eine sehr impulsive Natur besaß, begann gegen den Kanzler zu opponieren, so dass sich ihre Beziehung in eine persönliche Antipathie entwickelte. Die antibismarcksche Opposition in der Armee („Militärpartei“) sowie Diplomatie gewannen im neuen Monarchen an Unterstützung. Diese Gruppe wirkte in unmittelbarer Nähe des Herrschers, beeinflusste ihn wesentlich und wollte durch ihn die „fehlerhafte“ Politik des Kanzlers korrigieren. Sie entschloss sich, Bismarck allmählich politisch zu isolieren und ihn zur Abdankung zu zwingen.

An der Spitze dieser Gruppe von Generälen stand Chef des Generalstabs Alfred Graf von Waldersee.<sup>6</sup> Die „Militärpartei“ lehnte die Diplomatie Bismarcks, das Bünd-

2 J. C. G. RÖHL, *Wilhelm II.: Der Aufbau der persönlichen Monarchie 1888–1900*, Bd. 2, München 2001.

3 H.-U. WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*, Bd. 3, München 2008, S. 1004.

4 W. J. MOMMSEN, *War der Kaiser an allem schuld? Wilhelm II. und die preußisch-deutschen Machteliten*, Berlin 2002.

5 U. LAPPENKÜPER, *Nibelungentreue versus Bündnisfreiheit. Deutsche Außenpolitik 1871–1914*, in: B. RILL (Hrsg.), *Der erste Weltkrieg: „In Europa gehen die Lichter aus!“*, München 2014, S. 70–71.

6 Die Hauptstudie wurde vom ostdeutschen Historiker Konrad Canis verfasst: *Bismarck und Waldersee. Die außenpolitischen Krisenerscheinungen und das Verhalten des Generalstabes 1882*

nis mit Österreich-Ungarn und die Friedenspolitik gegenüber Russland ab. Im Gegenteil lief eine Diskussion über einen Präventivkrieg gegen Russland und Frankreich. Einer der Mitarbeiter Waldersees schrieb über nationale und politische Gründe der russischen Feindschaft gegenüber Deutschland, die der Beteiligung der Berliner Diplomatie an der Regelung der Ost-Frage im Jahre 1878 sowie der panslawischen Ideologie entsprangen. Frankreich hatte das Jahr 1871 nie vergessen, seine Kräfte wuchsen Jahr von Jahr und früher oder später sollte es sich der Meinung der deutschen Generäle nach mit St. Petersburg verbinden. Diese äußerst ungünstige Situation wollten sie durch einen Präventivkrieg lösen, zu dem der Fürst ihrer Ansicht nach angesichts seines hohen Alters keinen Mut mehr hatte.<sup>7</sup>

Zum Koordinator der antibismarckschen Haltung unter den Diplomaten wurde der hohe Beamte im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein. Er galt als der wichtigste Kanzlergegner auf dem außenpolitischen Feld. Historiker vertreten bei Beurteilung seiner politischen Bedeutung sehr unterschiedliche Ansichten. Die Herausgeber seines Nachlasses<sup>8</sup> stellten aufgrund von Dokumenten fest, er hätte indirekt zur Entlassung des Kanzlers sowie zur Aufgabe der prorussischen Politik beigetragen. Es gelang ihm durch übertriebene Kritik an des Kanzlers Diplomatie, oder durch das Hervorheben seiner großen Macht, gegebenenfalls durch das Aufhalten von Akten im Auswärtigen Amt.

Holstein hielt die bisherigen deutsch-russischen Beziehungen für kompliziert, verwirrt und tollkühn. Er kämpfte gegen den Rückversicherungsvertrag, der seines Erachtens die deutsche Handlungsfreiheit in der internationale Politik behinderte.<sup>9</sup> Holstein hielt Österreich-Ungarn als Bündnispartner Kaiserdeutschlands für lebenswichtig. Aus dem russisch-österreichischen Konkurrenzkampf auf dem Balkan folgte er, das Zarenreich wollte den Rivalen durch einen Krieg loswerden.<sup>10</sup>

---

bis 1890, Berlin 1980. Zuletzt: K. CANIS, *Zur Wende in der deutschen Aussenpolitik 1890: Die Englandpolitik*, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Bd. 40, 1992, S. 42–52.

- 7 H. O. MEISNER (Hrsg.), *Aus dem Briefwechsel des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee*, Bd. 1, Berlin, Leipzig 1928, S. 37, 251.
- 8 Über seinen Widerstand gegen Bismarck schrieb H. Krausnick zunächst aufgrund von Unterlagen aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien. Später knüpfte W. Frauendienst daran, der deutsche Dokumente nutzte. Vgl. H. KRAUSNICK, *Holsteins Geheimpolitik in der Ära Bismarck 1886–1890*, Hamburg 1942; N. RICH — M. H. FISHER — W. FRAUENDIENST (Hrsg.), *Die geheimen Papiere Friedrich von Holstein*, Bd.1–4, Göttingen 1956–1963.
- 9 Ebenda, Bd. 1, S. XLI; vgl. P. RASSOW, *Die Stellung Deutschlands im Kreise der Grossen Mächte 1887–1890*, in: H. HALLMANN (Hrsg.), *Zur Geschichte und Problematik des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags von 1887*, Darmstadt 1968, S. 492–493.
- 10 H. ROGGE (Hrsg.), *Friedrich von Holstein. Lebensbekenntnis in Briefen an seine Frau*, Berlin 1932, S. 150. Einige Historiker nahmen berechtigt an, dass seine abweisende Einstellung zu Russland auch persönliche Motive haben mochte. Auf dem Berliner Kongress spielte er als Mitglied der deutschen Kommission eine erbärmliche Rolle und die russischen Diplomaten wussten von seinem Versagen. Vgl. H. HOLBORN (Hrsg.), *Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz*, Bd. 2, Stuttgart 1925, S. 23, 42; R. FRANKENBERG, *Die Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890*, Berlin 1927, S. 57. Österreich-Ungarn galt damals schon als eine „zweitrangige“ Großmacht. W. RAUSCHER, *Zwischen Berlin und St. Petersburg: Die*

Während sich Kaiser Wilhelm I. außenpolitisch auf Bismarcks auf gründliche Sachkenntnis basierenden Ratschläge stützte und Friedrich III. angesichts seiner Krankheit nicht imstande war, dem Kanzler wirklich zu widersprechen,<sup>11</sup> kam Wilhelm II. an die Macht ohne eine vollständige Vorstellung von dem bisherigen Bündnisystem zu besitzen, änderte seine Einstellungen und bezog Informationen häufig aus unsicheren Quellen. Seine persönlichen Eigenschaften ermöglichten es ihm nicht, die Politik zu verstehen, politisch zu denken und zu handeln. Da es ihm an gründlicherer Kenntnis der Weltmachtspolitik fehlte, konnte er deshalb nicht selbst klare Umrisse der deutschen Diplomatie festlegen. In seinen Entscheidungen ließ er sich von seinen Launen, Kapricen und Gefühlen leiten.<sup>12</sup>

Nach seiner Thronbesteigung neigte Wilhelm II. eher zu der Russophobie Waldersees.<sup>13</sup> Vom Schwanken zwischen der außenpolitischen Auffassung des Kanzlers und dem Einfluss Waldersees zeugen auch Zweifel des Herrschers an der Meinung des russischen Außenministers Nikolai Karlowitsch Giers darüber, dass die russisch-deutschen Beziehungen noch jahrelang gut bleiben sollten.<sup>14</sup> Mit dem Thronwechsel verzichtete Deutschland nicht auf seine Verpflichtungen aus dem Zweibund und setzte seine Vermittlungspolitik zwischen St. Petersburg und Wien fort.

Der Tradition der preußischen Dynastie sowie der Politik Bismarcks entsprach auch die Auswahl des ersten Hofes, den Wilhelm II. als Kaiser traf. Unter Bismarcks Einfluss besuchte er Russland und nicht Großbritannien, wie es sich seine Großmutter, Victoria I., wünschte. Dem Zaren sollte geschmeichelt und gezeigt werden, wie viel dem neuen deutschen Kaiser an den Beziehungen zu Russland läge. Wilhelm II. informierte den österreichisch-ungarischen Herrscher über seine Absicht, Russland<sup>15</sup> zu besuchen, und Franz Joseph schrieb in seiner Antwort über die „große Freude“ über diese Nachricht, gleichzeitig erwähnte er die Bedeutung des gegenseitigen Bündnisses sowie die Notwendigkeit, mit Russland im Interesse der Friedenserhaltung auszukommen.<sup>16</sup> Der Julibesuch hatte einen unpolitischen Charakter, und obwohl sich die persönlichen Beziehungen zwischen den Herrschern nicht verbesserten, bewies er den guten Willen Berlins, die guten Beziehungen mit dem Ost-

---

österreichisch-ungarische Aussenpolitik unter Gustav Graf Kálnoky 1881–1895, Wien, Köln, Weimar 1993, S. 29.

11 Zum grundlegendsten Widerspruch zwischen Friedrich III. und Bismarck kam es wegen der nicht verwirklichten Hochzeit der Kaisertochter mit dem ehemaligen bulgarischen Fürsten, Prinz Alexander von Battenberg. Vgl. STELLNER, *Poslední německý císař*, S. 42–46.

12 Ebenda, S. 57–66; A. KÖNIG, *Wie mächtig war der Kaiser? Kaiser Wilhelm II. zwischen Königsmechanismus und Polykratie von 1908 bis 1914*, Stuttgart 2009; G. MACDONOGH, *The Last Kaiser: William the Impetuous*, London 2000.

13 KRAUSNICK, S. 166–168.

14 Wilhelm II. fügte dem Bericht Schweinitz' vom z 12. Januar 1889 beim Wort „überzeugt“ eine Notiz (Nr. 1) „ich nicht“. Schweinitz an Bismarck, 12. Januar 1889, J. LEPSIUS — A. MENDELSSOHN BARTHOLDY — F. THIMME (Hrsg.), *Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914: Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, (weiter nur GP), Bd. 6, Berlin 1922, Nr. 1221, S. 123.

15 Wilhelm II. an Franz Joseph I., 23. Juni 1888, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (weiter nur HHStA), Politisches Archiv III (weiter nur PA), Preussen (Deutschland), Kt. 135, F. 41.

16 Franz Joseph I. an Wilhelm II., 10. Juli 1888, ebenda, F. 45.

nachbarn fortzusetzen, deshalb kann der Besuch in diesem Kontext als erfolgreich bezeichnet werden.<sup>17</sup>

Bismarck war sich nicht ganz bewusst, dass sich das durch ihn hervorgerufene Desinteresse der deutschen Finanzkreise an russischen Wertpapieren zu einem schwerwiegenden disharmonischen Element in den russisch-deutschen Beziehungen entwickeln würde.<sup>18</sup> Durch seine Druckwirtschaftspolitik „trieb“ er das Zarenreich in die Arme des französischen Kapitals. Russland erhielt nämlich Ende 1888 sein erstes großes französisches Darlehen und leitete Verhandlungen über die Lieferungen von französischen Waffen ein. Riesige Finanzinvestitionen von französischen Banken stellten neben den außenpolitischen Gründen den Hauptimpuls zur Annäherung Russlands und Frankreichs dar.<sup>19</sup> Die deutsche Haltung wurde auch durch die Erhöhung russischer Zölle in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre beeinflusst, die zur Senkung des deutschen Industriewarenexports führte. Die Beziehungen zwischen Berlin und St. Petersburg wurden ebenfalls von der russischen Rüstung sowie einer panslawischen Hetzkampagne erschwert.

Die Außenpolitik Deutschlands wurde 1871–1890 durch Bismarck bestimmt, der auch der Hauptpartner von Staatsmännern war, die nach Berlin kamen. Wilhelm II. erfuhr beispielsweise nicht von den Einzelheiten der deutsch-russischen Verhandlungen zwischen dem Zaren und Bismarck im Oktober 1889.<sup>20</sup> Es wurde über die Verlängerung des geheimen Rückversicherungsvertrags diskutiert.<sup>21</sup> Der wurde durch Bismarck 1887 verhandelt. Sein erster Absatz lautete: „Für den Fall, daß eine der hohen vertragschließenden Parteien sich mit einer dritten Großmacht im Kriege befinden

17 O. von Bismarck an Wilhelm II., 8. August 1889, Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (weiter nur GStA PK), Brandenburg-Preussisches Hausarchiv, Repositur 53, Kaiser Wilhelm II. und Familie (Dahlem), Nr. 139. F. CURTIUS (Hrsg.), *Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst*, Bd. 2, Stuttgart, Leipzig 1907, S. 445, Holstein war umgekehrter Meinung: KRAUSNICK, S. 207–208.

18 J. MAI, *Das deutsche Kapital in Russland 1850–1894*, Berlin 1970.

19 R. M. SPAULDING, *German Trade Policy in Eastern Europe, 1890–1990: Preconditions for Applying International Trade Leverage*, in: International Organization, Bd. 45, Nr. 3, 1991, S. 352–353, 358.

20 Bereits am 13. September nahm der Zarewitsch an den Manövern in Hannover teil. Eisenstein an Kálnoky, Berlin, 7. August 1889, HHStA, PA III, Preussen (Deutschland), Kt. 135, F. 125. Über die Vorbereitungen auf die Ankunft des Zaren vgl. Eisenstein an Kálnoky, 21. September, 25. September 1889, ebenda, F. 139–140, 143–144. Der Zar kam am 8. Oktober. Der Besuch wurde auch von der österreichisch-ungarischen Botschaft verfolgt: Széchényis Telegramm an Kálnoky, 11. Oktober 1889, ebenda, F. 176, Széchényi an Kálnoky, Berlin, 11. Oktober 1889, ebenda, F. 178–181. Vgl. RASSOW, S. 490–491. In den Memoiren des russischen Generals N. A. Epantschin: V. G. TSCHERNUCHA (Hrsg.), *Aleksandr Tre-tij. Vospominanija, dnevniki, pisma*, Sankt-Peterburg 2001, S. 206–207.

21 Széchényis Telegramm an Kálnoky, 15. Oktober 1889, HHStA, PA III, Preussen (Deutschland), Kt. 135, F. 195. Zu seinem Abschluss vgl. H. KRAUSNICK, *Rückversicherungsvertrag und Optionsproblem 1887–1890*, in: H. HALLMANN (Hrsg.), *Zur Geschichte und Problematik des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags von 1887*, Darmstadt 1968, S. 400–435; J. FEMERS, *Deutsch-britische Optionen: Untersuchungen zur internationalen Politik in der späten Bismarck-Ära (1879–1890)*, Trier 2006, S. 231–238.

sollte, wird die andere eine wohlwollende Neutralität bewahren und ihre Sorge darauf richten, den Streit örtlich zu begrenzen. Die Bestimmung soll auf einen Krieg gegen Österreich oder Frankreich keine Anwendung finden, falls dieser Krieg durch einen Angriff einer der hohen vertragschließenden Parteien gegen eine dieser beiden Mächte hervorgerufen ist.“<sup>22</sup> Deutschland erkannte die Ansprüche Russlands auf dem Balkan an und das Deutsche Reich verpflichtete sich in einem geheimen Protokoll dazu, Russland diplomatische Unterstützung zu leisten, sollte es die Frage der Meerengen zu seinen Gunsten entscheiden wollen.

Durch den Rückversicherungsvertrag wurden die Verpflichtungen Deutschlands gegenüber seinen Verbündeten komplizierter. Einerseits verpflichtete sich das Reich, im Falle eines Angriffs Russlands Österreich-Ungarn und Rumänien Hilfe zu leisten, aber andererseits versprach es Russland Neutralität, sollte es durch die Donaumonarchie angegriffen werden. „Fürst von Bismarck gab seitdem die Parole aus, daß Deutschland sich an Rußland annähern müsse, um nicht von England ausgenutzt zu werden, und Herbert Bismarck, der russenfreundlicher als sein Vater und bedeutend weniger urteilsfähig ist, hat nun die Parole ausgegeben: Mit Rußland durch dick und dünn.“<sup>23</sup> Nicht abzulehnen ist jedoch die Ansicht, dass dank des Rückversicherungsvertrags kein russisch-französisches Bündnis entstand, Wien keine aggressive Politik führte und Großbritannien gute Beziehungen mit Deutschland aufrechterhalten musste. Die Tatsache, die der deutsche Historiker F. Rachfahl so treffend zum Ausdruck brachte, ist auch nicht zu leugnen: „Wirklich gute und herzliche Beziehungen wurden zwischen beiden Ländern dadurch keinesfalls hergestellt oder auch nur angebahnt. M. a. W. die Kluft, die sich zwischen Deutschland und Rußland infolge der Haltung Bismarcks in der Balkanfrage in der Mitte der siebziger Jahre einmal aufgetan hatte, ist nie wieder wirklich ausgefüllt worden.“<sup>24</sup>

Bismarck garantierte Ende der 1880er Jahre immer noch, dass akzeptable russisch-deutsche Beziehungen erhalten blieben, deshalb eröffnete er Verhandlungen über die Verlängerung des Rückversicherungsvertrags, der am 18. Juni 1890 auslaufen sollte. Er musste gegen eine Krise der russisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, die Tätigkeit antirussischer Kreise am Berliner Hof sowie antifranzösischer am St. Petersburger Hof kämpfen.<sup>25</sup> Er konnte jedoch die Verhandlungen mit dem russischen Botschafter Graf Pawel Andrejewitsch Schuwalow nicht mehr beenden, denn er wurde aus allen seinen Ämtern entlassen.

Die Bedeutung des Rückversicherungsvertrags ist jedoch nicht zu überschätzen, denn bereits nach seinem Abschluss wurde beiden Parteien klar, dass „die Zugeständnisse, die Deutschland ihm darin gemacht hatte, waren illusorische und hatten sich als solche bereits zum Teil erwiesen. Von ‚wohlwollender Neutralität‘ oder gar von ‚moralischem

22 Unterzeichnet am 18. Juni 1887. Text und Anlage, GP, Bd. 5, Berlin 1922, Nr. 1092, S. 253–255.

23 F. RACHFAHL, *Nochmals das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 17, 1921/1922, S. 273.

24 F. RACHFAHL, *Der Rückversicherungsvertrag, der „Balkandreibund“ und das angebliche Bündnisangebot Bismarcks an England vom Jahre 1887*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 16, 1920, S. 77.

25 Bismarck an Solms, 15. October 1889, GP, Bd. 6, Nr. 1358, S. 360–361. Eissenstein an Kálnoky, 6. Oktober 1889, HHStA, PA III, Preussen (Deutschland), Kt. 137, F. 174.

unddiplomatischem Beistand' für Rußland auf dem Balkan konnte auch für die Folgezeit nach dem, wengleich nicht schriftlich fixierten, aber doch faktisch hergestellten ‚Einvernehmen‘ Deutschlands mit dem Balkandreibunde und noch dazu bei dessen ausdrücklicher, dem englischen Botschafter ‚übermittelter moralischer Billigung‘ sogar durch Kaiser Wilhelm I. nicht mehr die Rede sein“.<sup>26</sup> Ich bin mit der Ansicht des bedeutenden deutschen Zwischenkriegshistorikers P. Rassow einverstanden: „In den Jahren nach Bismarcks Sturz änderte sich allgemeine politische Lage ganz erheblich, aber nicht infolge von Bismarcks Sturz!“<sup>27</sup>

Die neue deutsche Führung musste im außenpolitischen Bereich vor allem die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland lösen. Wilhelm II. nutzte unter anderem auch Berichte des Kiewer Konsuls über die Manöver der russischen Armee, um Bismarck entlassen zu können. Defensive Manöver gefährdeten jedoch Deutschland keinesfalls und der Kaiser zeigte sich geneigt, den Vertrag abzuschließen. Auf die Nachricht über die Absicht des Zaren, den Vertrag um sechs Jahre zu verlängern, notierte er: „Ich bin einverstanden und beauftrage Sie, dies Schuwalow mitzuteilen.“<sup>28</sup> Am 21. März teilte er Schuwalow mit, dass das Ausscheiden des Fürsten keine Änderung der Berliner Diplomatie bedeuten würde.<sup>29</sup> Er tat es, ohne sich mit dem Gestalter der Außenpolitik — Reichskanzler Caprivi beraten zu haben. Überdies informierte er ihn darüber gar nicht. Der Kanzler erfuhr von dem Versprechen vom Botschafter in Sankt Petersburg — Hans Lothar von Schweinitz.<sup>30</sup>

An das Telegramm Schuwalows über das Treffen mit dem Kaiser notierte der russische Zar folgendes: „Nichts Erfreulicheres hatten wir zu erwarten [...] Sehr beruhigend.“<sup>31</sup> Schuwalow wartete auf die Bestätigung seiner Befugnisse, aber bevor eine einschlägige Antwort kam, war es der neuen Umgebung Wilhelms gelungen, dessen Bereitschaft ins Wanken zu bringen. Dagegen stellten sich die einflussreichsten Persönlichkeiten. Der neue deutsche Reichskanzler Caprivi befürchtete, dass das Verraten des geheimen Vertrags Deutschland kompromittieren könnte, so dass er eine klare, nicht besonders komplizierte Diplomatie bevorzugte. Einen Krieg auf zwei Fronten gegen Frankreich und Russland hielt er für unvermeidbar, so dass ihm eine Vereinbarung mit St. Petersburg nutzlos schien. Er identifizierte sich mit Holsteins Ablehnung des komplizierten und kühnen diplomatischen Spiels Bismarcks.<sup>32</sup> Ich bin mit der Ansicht des bedeutenden Kenners der deutschen Diplomatie W. Baumgart einverstan-

26 RACHFAHL, S. 75.

27 RASSOW, S. 497.

28 HOLBORN, S. 323–324.

29 W. von SCHWEINITZ (Hrsg.), *Briefwechsel des Botschafters General v. Schweinitz*, Berlin 1928, S. 265.

30 J. KASTL, *Am straffen Zügel. Bismarcks Botschafter in Rußland, 1871–1892*, München 1994; W. von SCHWEINITZ (Hrsg.), *Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz*, Bd. 1–2, Berlin 1927.

31 Zit. nach: J. A. NICHOLS, *Germany after Bismarck: The Caprivi Era 1890–1894*, Harvard 1959, S. 54.

32 Caprivis Aufzeichnung vom 28. März 1890, GP, Bd. 7, Berlin 1927, Nr. 1396, S. 11. Holsteins Aufzeichnung vom 20. Mai 1890, ebenda, Nr. 1374, S. 22–24, ebenfalls: RICH — FISHER — FRAUENDIENST, Bd. 1, S. 126. Vgl. LAPPENKÜPER, S. 71–72.

den: „In Wirklichkeit hat Holstein, einmal abgesehen von den persönlichen Motiven, die er der Politik des alternden Bismarck unterschob, den Sinn des außerordentlich komplizierten und formal unverkennbar widersprüchlichen Bündnissystems nicht verstanden. Dieser Sinn bestand nicht eigentlich darin, Verhaltensmaßregeln aufzustellen für den Ausbruch von internationalen Konflikten, sondern ihr Eintreten wenn nicht von vornherein unmöglich zu machen, so doch hintanzuhalten.“<sup>33</sup>

Holstein wird von vielen Historikern als Hauptinitiator der negativen deutschen Haltung angesehen. Bei seiner Entscheidung spielte auch die Angst vor einer eventuellen Rückkehr Bismarcks eine Rolle.<sup>34</sup> Waldersee versuchte die Führungsspitzen davon zu überzeugen, dass sich Russland auf einen Krieg vorbereitete.<sup>35</sup> Es ist nicht uninteressant, dass Caprivis Ansicht sogar von den „Bismarckschen“ Gesandten in Wien und Konstantinopel als richtig betrachtet wurde. Gerade die Haltung Schweinitz brachte Wilhelm II. endgültig dazu, den Vertrag nicht zu verlängern. Der Botschafter unterstützte durch sein Einverständnis Caprivi, der seiner Ansicht nach nicht mehr im Amt hätte bleiben können, wenn der Vertrag gegen seinen Willen verlängert worden wäre.<sup>36</sup> Caprivi z.B. vertrat die strittige Ansicht, eine russisch-französische Allianz sei für Rußland deshalb uninteressant, weil Rußlands einziges Interesse in der Kontrolle der Meeresengen bestünde. Von Schweinitz machte das Argument geltend, der Rückversicherungsvertrag würde die russische Neutralität wenigstens für die ersten Wochen nach einem Kriegsausbruch garantieren, doch Caprivi lehnte dies ab, da Deutschland den größten Teil seiner Truppen ohnehin in der Nähe der russischen Grenze stationieren würde. Die Hauptdarsteller der deutschen Außenpolitik waren mit der Verlängerung des Rückversicherungsvertrags nicht einverstanden. Rachfaul kommentierte dies folgendermaßen: „Eine Erstreckung des Traktates vom 18. Juni 1887 mit allen seinen Bestimmungen, auch betreffend Bulgarien und die Meeresengen, war 1890 schlechterdings unmöglich.“<sup>37</sup>

33 W. BAUMGART, *Deutsch-russische Beziehungen 1890–1914/18*, in: W. BAUMGART (Hrsg.), *Preussen-Deutschland und Russland vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*, Berlin 1991, S. 108.

34 Zu Holsteins Befürchtungen: Holstein an P. von Eulenburg, 22. März 1890, J. C. G. RÖHL (Hrsg.), *Philipp Eulenburg politische Korrespondenz: Von der Reichsgründung bis zum Neuen Kurs 1866–1891*, Bd. 1, Boppard am Rhein 1976, Nr. 364, S. 509. Zu Holsteins Rolle z. B. R. K. MASSIE, *Die Schalen des Zorns. Großbritannien, Deutschland und das Herausziehen des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt am Main 1993, S. 144. Berchems Aufzeichnung vom 25. Mai 1890, GP, Bd. 7, Nr. 1368, S. 4–10.

35 H. O. MEISNER (Hrsg.), *Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee*, Bd. 2, Stuttgart, Berlin 1923, S. 117.

36 Heinrich VII. Reuss an Marschall, 4. Juni 1890, GP, Bd. 7, Nr. 1381, S. 35–37. Radowitz an Caprivi, 9. Juni 1890, ebenda, Nr. 1383, S. 41. SCHWEINITZ, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 404. Zur Abberufung des Botschafters: SCHWEINITZ, *Briefwechsel*, S. 265. Der spätere Kanzler, B. von Bülow billigte die Vorgehensweise des Auswärtigen Amts nicht, aber konnte sich nicht leisten, seine Karriere durch direkte Kritik zu gefährden, deshalb schwieg er. In den Memoiren bezeichnete er die Nichtverlängerung als einen „schrecklichen Fehler“. F. von STOCKHAMMERN (Hrsg.), *Bernhard Fürst von Bülow: Denkwürdigkeiten Jugend- und Diplomatenjahre*, Bd. 4, Berlin 1931, S. 614. Vgl. P. WINZEN, *Bülow's Weltmachtkonzept: Untersuchungen zur Frühphase seiner Aussenpolitik 1897–1901*, Boppard am Rhein 1977, S. 45.

37 RACHFAHL, S. 80.



Der deutsche Kaiser vergaß den Wunsch seines „großen“ Großvaters Wilhelm I. nicht, der ihn dazu ermahnt hatte, freundschaftliche Beziehungen mit Russland zu unterhalten. Er wollte den Vertrag verlängern, jedoch in einer veränderten und freieren Form. Auf Druck des Kanzlers und weiterer Beamten gab er nach und lehnte den Vertrag am 28. März ab. Später erläuterte er Schuwalow, dass der neue Kanzler ihm nach Bismarcks Abgang „das Messer an den Hals“ legte, und er keine neue Regierungskrise riskieren konnte.<sup>38</sup> Er versuchte, die Schuld auf Russland abzuwälzen: „Meiner Ansicht nach hatte er seinen Hauptwert damals schon verloren, da die Russen doch nicht mehr mit dem Herzen dahinter standen.“<sup>39</sup> In Schrecken versetzte ihn auch eine Vermutung Caprivis, eine eventuelle Verlängerung könnte die Beziehungen mit Wien gefährden. Er änderte seine Entscheidung seufzend: „Nun, dann geht es nicht, so leid es mir tut.“<sup>40</sup>

Schuwalow verbarg seine Enttäuschung von der plötzlichen Meinungsumkehr des Monarchen nicht und musste seine Regierung im April von der Einstellung der Verhandlungen informieren. Eher untaktisch war die vorzeitige Mitteilung, Deutschland reflektiere nicht auf die Vertragsverlängerung. Der Zar erklärte: „Ich bin persönlich sehr froh, dass Deutschland als erstes keine Verlängerung des Vertrags wünscht, und es tut mir nicht besonders leid, dass es ihn nicht mehr geben wird.“<sup>41</sup> Insgesamt herrschte in Russland eine große Aufregung, insbesondere weil es dem Außenminister Giers nicht gelang, von Berlin eine Zusicherung zu bekommen, es würde keine Angriffslust Österreich-Ungarns auf dem Balkan anstacheln und die Abkommen über die Meeresengen einhalten.<sup>42</sup> Viele russische Höflinge warfen dem Zaren vor, dass er nicht imstande war, die traditionelle Freundschaft mit Deutschland aufrecht zu erhalten.<sup>43</sup> Der Zar und seine Gemahlin entwickelten wirklich eine tiefe Antipathie gegen Kaiser Wilhelm II.<sup>44</sup> Dies war das Resultat einiger persönlicher Treffen sowie von Klatsch und Tratsch in den Salons, wobei man dem Zaren jeweils hinterbrachte, was der Kaiser angeblich über ihn gesagt hatte. Mit der Zeit baute sich im Kopf des Zaren der Kaiser als verabscheuungswürdiger Gegner auf.

Der deutsche Historiker Rachfahl kam zum Schluss, der Vertrag wäre „für Rußland wertlos“ gewesen<sup>45</sup>. Berlin war entschlossen, im Konfliktfall auf dem Balkan Wien zu helfen. Allerdings garantierte Bismarck für diesen Zeitraum eine Zusammenarbeit mit Wien und St. Petersburg, wodurch er zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan beitrug. Er nutzte dabei nicht nur die Sympathien des Zaren zu seiner Person und

38 Schuwalow an Lamzdorf, 17. Januar 1895, F. A. ROTSCHEIN (Hrsg.), *Dnevnik V. N. Lamzdorfa*, in: *Krasnyj Archiv*, T. 3/46, 1931, S. 21–22.

39 WILHELM II., *Kaiser Wilhelm II. Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918*, Leipzig, Berlin 1922, S. 45.

40 Holsteins Bericht vom 10. Juni 1904, GP, Bd. 7, Nr. 1392, S. 49.

41 Zit. nach: STELLNER, *Poslední německý císař*, S. 122.

42 KRAUSNICK, *Rückversicherungsvertrag*, S. 430–432.

43 Z.B. A. N. Benua: TSCHERNUCHA (Hrsg.), *Aleksandr Tretij*, S. 228–229.

44 C. CLAY, *König. Kaiser. Zar: Drei königliche Cousins, die die Welt in den Krieg Trieben*, München 2008, S. 190. Sie wird ebenfalls vom Großfürst Alexander Michailowitsch in seinen Memoiren erwähnt. TSCHERNUCHA (Hrsg.), *Aleksandr Tretij*, S. 111.

45 RACHFAHL, S. 75.

Deutschland, sondern auch die Überzeugung des Zaren, sein Reich wäre auch einen eventuellen Krieg in Europa noch nicht vorbereitet.

Die Bemühungen St. Petersburgs, durch die Verlängerung des Rückversicherungsvertrags die eigene Westgrenze zu sichern, sind im Zusammenhang mit der Expansion im Osten, in Mittelasien zu erklären. Die deutsche Außenpolitik bemerkte nicht rechtzeitig die Interessenverlagerung aus dem Balkan nach Mittelasien, die auch die Bemühung mit sich brachte, die angespannten Beziehungen zu Deutschland zu beruhigen. Die deutsche Regierung rechnete fälschlicherweise mit einer Expansion Russlands auf dem Balkan und in den Meeresengen. Die späteren Bemühungen, die Schuld auf Kanzler Caprivi abzuwälzen, waren unbegründet. Argumente für seine Entscheidung bereitete das Auswärtige Amt vor und die Voraussetzungen für die Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen entstanden bereits vor seinem Amtsantritt. Noch vor der Entlassung Bismarcks tobte ein russisch-deutscher Handelskrieg, die Bedeutung des Rückversicherungsvertrags nahm ab und seine Nichtverlängerung bedeutete keinen Anfang, sondern ein Ende der gestörten Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin.

Der neue deutsche Kanzler entschloss sich, sich handelspolitisch an Mitteleuropa zu orientieren und durch Handelsverträge mit Österreich-Ungarn und Italien den Dreibund zu „stabilisieren“. Als ein weiterer wesentlicher Impuls für die Nichtverlängerung des Vertrags kann eine falsche Annahme deutscher Diplomaten, Großbritannien wollte auf sein „splendid isolation“ verzichten und dem Dreibund beitreten, angesehen werden.<sup>46</sup> Es erschien auch die Ansicht, das System Bismarcks wäre nicht wegen der vererbten Schwäche, sondern wegen der Ungeduld des jungen Monarchen sowie den Intrigen Holsteins zusammengebrochen.<sup>47</sup>

Die deutsche Politik versuchte 1871–1890, das Entstehen feindlicher Blöcke zu verhindern, die das Status Quo vernichten konnten. Sie erhielt ein labiles Gleichgewicht zwischen Russland einerseits und den Mächten des Balkandreibundes, insbesondere Englands, andererseits. Deutschland gehörte nach 1871 zu den stärksten Kontinentalmächten, es trat für den Frieden auf. Das änderte sich nach 1890. Deutschland wurde von Unruhe und Ehrgeiz befallen, es war sich seiner Macht bewusst und trachtete danach, diese zu nutzen. Die außenpolitischen Ziele des „neuen Kurses“ konzentrierten sich auf Anknüpfung eines engen Bündnisses mit Großbritannien, die Festigung des Dreibundes und die Beruhigung der Beziehungen mit Frankreich.

#### ABSTRACT

The study analyses the German foreign policy after ascension of the German Emperor and Prussian King Wilhelm II, in detail its relations with the Russian Empire and the transformation of the alliance system. It analyses the causes of the deterioration of the German-Russian relations through observing the foreign-political, economic and personal aspects. It answers the questions, why the German leadership did not continue in Bismarck's alliance system, why it refused a treaty relationship with Russia based on the Reinsurance Treaty, and who specifically was responsible for that decision in the ranks of the German governing elite. The author claims that the German foreign policy

<sup>46</sup> F. RACHFAHL, *Zur auswärtigen Politik Bismarcks*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 21, 1925, S. 131–134.

<sup>47</sup> W. L. LANGER, *The Diplomacy of Imperialism 1890–1902*, New York 1951, S. 4.

was not able to timely notice the Russian shift of interest from the Balkans to Middle Asia. At the same time the author points out that even before Bismarck's departure the German-Russian trade war had raged, the significance of the Reinsurance Treaty had declined and the later cancelling of the treaty was not the beginning but the end of the disrupted relations between Petersburg and Berlin. The false impression of German diplomats that Great Britain wanted to give up its 'splendid isolation' and join the Triple Alliance can be seen as the other important impulse leading to the breakdown of the treaty.

**KEYWORDS**

Germany; Russia; Foreign Policy; 1890; Bismarck's Alliance System; Wilhelm II; Reinsurance Treaty

**František Stellner** | Institute of World History, Faculty of Arts, Charles University, Prague  
Nám. J. Palacha 2, 116 38 Prague, Czech Republic  
frantisek.stellner@ff.cuni.cz